

1953

20. 2. In Anwesenheit des Generalsekretärs des ZK der SED und Stellvertreters des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, wird die Vereinigung der Deutschen Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht“ mit der Hochschule der Justiz zur Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“ mit Sitz in Potsdam-Babelsberg vollzogen. Damit erhöht sich ihre Verantwortung als marxistisch-leninistische Ausbildungs- und Erziehungsstätte für die Kader der zentralen und örtlichen staatlichen Machtorgane beim Aufbau des Sozialismus in der DDR.
30. 4. Durch Verordnung des Ministerrates wird die Hochschule für Finanzwirtschaft errichtet. Damit wird die Ausbildung der Wirtschaftskader bei «gleichzeitiger Verbreiterung und Vertiefung des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums weiter spezialisiert. Die Hochschule übernimmt unter neuen Bedingungen Lehr- und Forschungsaufgaben, die zum Teil bisher an der Deutschen Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht“ erfüllt wurden. Dozenten und wissenschaftliche Nachwuchskräfte, die ihre Grundausbildung an der Verwaltungsakademie erhalten und hier Lehr- und Erziehungsaufgaben wahrgenommen haben, bilden mit den Kern des Lehrkörpers der neuen Hochschule. Das gilt auch für die Bildung der Hochschule für Binnenhandel (12.11.1953), der Hochschule für landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (17.12.1953) und für andere Hochschulen gesellschaftswissenschaftlichen Charakters, die später entstehen.
31. 10./1. 11. Die 1. Hochschulkonferenz des ZK der SED beschäftigt sich mit ideologischen Fragen der Erziehung der Studenten der DDR zur Parteinahme für den Sozialismus.
- 19./20.12. Theoretische Konferenz an der Akademie über die Notwendigkeit der wissenschaftlichen Leitung des «Staatsapparates in der DDR unter Beteiligung von Abgeordneten der Volkskammer und der örtlichen Volksvertretungen sowie leitender Mitarbeiter der zentralen und örtlichen Staatsorgane.
- 1954
30. 3. bis 6. 4. IV. Parteitag der SED. In dem Dokument „Der Weg zur Lösung der Lebensfrage der deutschen Nation“ weist die SED nach, daß der wieder erstandene Militarismus in Westdeutschland das Haupthindernis für die Lösung der Deutschlandfrage ist und daß Deutschland nur auf friedlichem, demokratischem Wege zu einem Friedensvertrag und zur nationalen Einheit gelangen kann. Der IV. Parteitag berät zugleich die Aufgaben für die weitere Stärkung der DDR, vor allem für die Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und für die rasche Weiterentwicklung der Produktivkräfte. Die Dokumente des Parteitages werden in Konferenzen des Lehrkörpers der Akademie und in den Lehrveranstaltungen ausgewertet.
18. 6. Erste Promotion eines Nachwuchswissenschaftlers aus dem Lehrkörper der Akademie.